

# blickpunkt

Nr. 271  
Juli 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

## Vorndran schlägt zu

Der erste Stadtrat und Kämmerer unserer Stadt tut das gleiche, wie Waigel in Bonn. Der eine drängt das Kabinett und die Abgeordneten und der andere die Mitglieder des Magistrats und die Stadtverordneten dazu, unpopuläre Beschlüsse zu fassen. Sparmaßnahmen stehen überall auf der Tagesordnung.

Hier wie dort geht es vor allem an die Schwächsten, an die, die sich am wenigsten wehren können. Was in Bonn täglich geschieht an Kürzungen im Sozialbereich wird in den Städten und Gemeinden fortgesetzt. Im letzten "blickpunkt" schrieben wir schon, daß in Vorndrans Schublade einiges bereit liegt, das nun inzwischen konkret wurde.

Als erstes sollen die Kindertagesstätten-Gebühren gewaltig erhöht werden. Es ist eine Steigerung der Betreuungsgebühren in drei Stufen, innerhalb von zwei Jahren, ab 1.1.94, 95 und 96 um 71,4% von jetzt 70,— Mark, 1994 auf 90,— Mark, 1995 auf 108,— Mark und 1996 auf 120,— Mark im Monat vorgesehen. Für das zweite Kind beträgt die Steigerung 100 %, von jetzt 30,— auf 60,— Mark ab 1.1.96 und die Betreuung über Mittag erhöht sich gar um 125 %, von 20.— auf 45.— Mark. Im Hortbereich stehen Erhöhungen von 120.— auf 210.— Mark (erstes Kind) und von 72.— auf 105.— Mark (zweites Kind) an. Die Unterbringung in einer Krippe wird für viele fast unerschwinglich. Hier sind Steigerungen von 430.— auf

690.— Mark und für das Zweitkind von 215.— auf 345.— Mark monatlich, vorgesehen. Sofort und zwar ab 1.9.93, steigen die Kosten für das Mittagessen in den Kindergärten von drei auf fünf Mark, im Hortbereich von drei auf sechs Mark und in der Kinderkrippe von zwei auf drei Mark je Tag.

Damit nicht genug, Vorndran und die SPD wollen (ohne Widerstand der CDU) noch mehr. Bei den Personalbedarfsplanungen sollen die bisher angesetzten Ausfallzeiten von 15% überprüft und die Verfügungszeiten von 7,5 Stunden auf 5 Stunden herabgesetzt werden. Außerdem wird immer wieder versucht, wenn auch unter dem Namen "Notmaßnahmen", die Gruppenstärke von jetzt 25 Kindern, zu erhöhen.

Dieser Tage schrieb die Leiterin einer katholischen Kindertagesstätte in Frankfurt, in einem Leserbrief folgende Zeilen, denen wir nichts hinzufügen haben:

"Jetzt macht der Rotstift auch vor dem

Wohl unserer Kinder nicht halt. Die Forderungen zeigen den Weg zurück zur Bewahranstalt auf. Große Kindergruppen, schlechte Personalausstattung, gekürzte Vor- und Nachbereitungszeiten - keine qualifizierte Erzieherin will an einem so schlecht ausgestatteten Arbeitsplatz arbeiten. Hier wird am falschen Platz gespart!"

Heinz Hechler

## 20. Grillfest der DKP Mörfelden

Bier vom Faß,  
Äppelwoi,  
alkoholfreie  
Getränke,  
Kaffee,  
Kuchen

Super  
Tombola

»Merfeller Gebabbel«

Samstag, 17. 7. 1993, ab 14 Uhr,  
im Hof des »Goldenen Apfel«

# Sofortprogramm ja - "Notprogramm" nein !

Der Magistrat hat jetzt als Ergebnis vieler Arbeitssitzungen der Stadtverordnetenversammlung die von allen Fraktionen geforderte Beschlusvorlage für Sofortmaßnahmen zur Bereitstellung von Kindertagesstättenplätzen in Mörfelden-Walldorf vorgelegt.

Was vorliegt, bleibt in vielen Punkten hinter den Erwartungen der Eltern, Erzieherinnen und sicher auch vieler Stadtverordneten zurück. Nicht nur, daß die ins Auge gefaßten Maßnahmen kaum zum Beginn des neuen Kindergartenjahres greifen (was nach der jahrelangen Mangelverwaltung und "Verschleppung" des Themas nicht verwundern darf), es werden darüber hinaus eine ganze Reihe von Vorschlägen eingebracht, die dem Standpunkt des SPD-Kämmerers "es darf nichts kosten" entsprechen.

Die Nutzung von Turnräumen bestehender Einrichtungen als Gruppenräume (ohne Ersatzräumlichkeiten), größere Gruppen (über 25 Kinder), Kürzung der Verfügungszeiten der Erzieherinnen und nicht zuletzt die "maß-

volle" Anhebung der Elternbeiträge sind einige "Bonbons" die dies unterstreichen.

Sollte dieser stark "sozialdemokratisch" orientierte Antrag unverändert eine Mehrheit im Parlament finden, dann steht Kindern, Eltern und Erzieherinnen in unserer Stadt einiges bevor. In der Sitzung des Stadt-Kita-Beirats wurde deshalb schon einiges an berechtigter Kritik am Magistratsantrag laut und die Erwartung geäußert, daß das "Sofortprogramm" in der vorliegenden Form nicht beschlossen wird.

Es liegt jetzt in der Verantwortung der Kolleginnen und Kollegen Stadtverordneten aller Fraktionen, dafür zu sorgen, daß kein "Notprogramm" beschlossen wird, das auf Kosten und zu Lasten der Kinder, Eltern und Erzieherinnen alte Versäumnisse in der Sozialpolitik vor Ort nachbessern soll.

Die Fraktion der DKP/Offene Liste, die mit ihrem Antrag in der konstituierenden Sitzung den "Stein" in Sachen Sofortprogramm ins Rollen brachte, wird in diesem Sinne Änderungsanträge einbringen. Wir erwarten, daß allesozialpolitisch verantwortlich denkenden Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, SPD und CDU ebenso handeln.

Gerd Schulmeyer



*Um gewisse Einschnitte kommen wir nicht herum...*

## Wo gespart werden kann

Der DGB Hessen hat das Sparpaket der Bundesregierung als einen "glatten Rechtsbruch" bezeichnet und prüft derzeit, ob er das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anrufen sollte um die geplante Kürzung des Arbeitslosengeldes um 3%, zu verhindern. Die stellvertretende Landesvorsitzende Erika Lotz meint, daß die zuständigen Politiker offenbar "völlig im Wolkenkuckucksheim verschwunden seien, wenn sie Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern noch weniger zugestehen wollen." Sie wünscht allen Politikern, und wir könnten dies auch auf manchen Kommunalpolitiker übertragen, daß er einmal am eigenen Leib erfahren müsse was es heißt, mit nur 68% Arbeitslosengeld eine Familie zu ernähren und eine Wohnung unterhalten zu müssen. Der DGB legte eine Liste mit Vorschlägen vor, wie sozial verträglicher gespart werden könnte.

Verteidigungshaushalt kürzen =  
5 Milliarden

Arbeitsmarktabgabe für Selbständige,  
Minister und Abgeordnete =  
4 - 6 Milliarden

Aufhebung der steuerlichen Berücksichtigung von Geschenken =  
225 Millionen

Einschränkung der steuerlichen Berücksichtigung betrieblich genutzter  
Personenwagen =  
200 Millionen Mark

Bewirtungskosten nicht mehr beim Finanzamt geltend machen =  
800 Millionen Mark

Abschaffung des sogenannten Hausgehilfinnen-Freibetrages =  
500 Millionen Mark. usw.

## Drohgebärden

In der Presse war Markiges vom 1. Stadtrat zu lesen:

"Der Kämmerer machte klar, daß nicht auf Pump gebaut werden darf."

...

"Zudem ist aus Sicht des Kämmerers eine jährliche Weitergabe der Teuerungsrate geboten, sonst wären die Kitas nicht mehr zu finanzieren, müßten eventuell sogar einzelne Einrichtungen ganz geschlossen werden".

Diese Drohgebärden sind nichts anderes als Vorndranchse Stimmungsmache vor Parlamentsentscheidungen.

# Unser Wasser

Von der Wasserversorgung, der Wasserqualität, der Wasserreserve und dem evtl. Wassernotstand soll hier die Rede sein. Ab und an ist ein Teil dieses Themas in den Zeitungen zu lesen. Jeder sollte eigentlich informiert sein, wie es um seine Wasserversorgung steht, soll bewußt mit dem Lebensmittel Nummer eins umgehen.

Mörfelden-Walldorf hat eigene Wasserversorgung und möchte dies auch in Zukunft. Unser Wasser wird aus ca. 35 bis 42 m gefördert (sog. Tiefenwasser). Dies ist wohl auch der Grund, warum unser Wasser fast ohne Chlor auskommt (in Walldorf wird gering gechlort, vermutlich wegen der Verfließung der Tiefbehälter). Die Wassermenge ist ausreichend, die Absenkungen des Grundwasserspiegels sind entgegen dem des Ried nicht so gravierend. Aus diesem Grunde müßten wir uns keine Sorgen machen. Die Härte des Wassers fällt in die Kategorie II (in Walldorf ist der Grenzwert zu III um 0,3 überschritten worden. Dies sollte aber nicht zur Annahme führen, daß mehr Waschmittel benötigt wird. Die Qualität des Wassers muß man differenziert betrachten. Von der Verträglichkeit und dem Gesundheitsaspekt her gibt es keinen Grund zu Bedenken. Vom hygienischen Zustand ist unser Wasser leider nicht erste Qualität. Das hat seinen Grund. Die Walldorfer Brunnen liegen in einem problematischen Gebiet (Langen, Munitionsdepot, Sehring...). Durch sog. Inselbildung (entfernte Bebauung vom Wasserwerk, nachlassender Wasserdruck) wurde das Verbundwasserwerk (am Vitrollesring) notwendig. Die Beschickung erfolgte bisher ausschließlich aus Mörfelden. Das hatte erhöhte Förderung in Mörfelden zu Folge (im übrigen ist der Pro-Kopf-Verbrauch in Walldorf höher). Die Chemie des Mörfelder Wassers veränderte sich, die Aufbereitungsanlagen sind zu klein und unzureichend (sie sind auch schon fast 30 Jahre alt). Eisen und Mangan (Mineralien, die in diesen Mengen keine negativen gesundheitlichen Auswirkungen haben, treten vermehrt auf und können nicht genügend abgebaut werden. Mancher Verbraucher sah schon diese Stoffe als schwarzbraune Brühe aus seiner Leitung kommen. Die Funktions-

prüfung des Wasserwerkes Mörfelden durch ein Ingenieurbüro ergab: "Das Wasser befindet sich nicht im Kalk-Kohlensäure-Gleichgewicht und weist ein aggressives Verhalten auf", und weiter "Die Aufbereitungswirkung ist unbefriedigend. Die verbliebene aggressive Kohlensäure kann beim Transport zum Verbraucher Rohrmaterial angreifen und dabei das Reinwasser wieder mit unerwünschten Stoffen belasten."

Wenn eingangs gesagt wurde, daß die Wassermenge ausreichend sei, so muß man Einschränkungen machen. Die genehmigte Fördermenge (sie wird von den Wasserbehörden, Regierungspräsidium festgelegt) beträgt für beide Stadtteile zusammen 2,2 Mill. m<sup>3</sup>/Jahr. Gefördert wurden 1991: 1,924 m<sup>3</sup>, 1992: 1,863 m<sup>3</sup>. Mithin sind noch ca. 15% Steigerung möglich. Bedenkt man, daß die Wohnbebauung fortschreitet (auch Baugebiet Passage/Lange Äcker) und die Industrieansiedlung Wasserverbraucher produziert, so kann man in ca. fünf Jahren schon an die Fördergrenze herankommen. Daß die Genehmigung für eine höhere Fördermenge erteilt wird, daran glauben Stadtwerke und Magistrat nicht. Auch aus dieser Sicht ist der Anstrengung zum Wassersparen erste Priorität einzuräumen.

Auch die Horrorvision, daß Wasser rationiert werden kann, ist seit letztem Jahr, als der Wassernotstand ausgerufen wurde, keine Angstmake. Die Verteuerung des Wassers, durch Gebührenerhöhung, Grundwasserabgabe, evtl. Rheinwasserinfiltrationskosten, Abwassergebühren etc. ist zweifellos ein Mengenregulativ - wenn auch ein soziales. Das Bewässern von Gärten- und Rasenflächen durch eigene Brunnenanlagen (ca. 200 private Brunnen gibt es in unserer Stadt) ist ein Ausweg, ob es die Wasserressourcen schont, darf bezweifelt werden.

Die Investitionen zur Verwendung des Regenwassers zur Toilettenspülung, Bewässern etc. rutscht in den nächsten Jahren schon eher in die "Gewinnzone". Dazu ist es aber auch notwendig, daß Wassersparmaßnahmen mehr als bisher gefördert werden. Offenbach förderte z. B. die Wasserspartaste für Toiletten; in Mörfelden-Walldorf lehnte die Stadtverordnetenmehrheit dies noch ab. Die Wassermenge müßte bei jeder Wohneinheit angezeigt werden. Nur so hat der einzelne Verbraucher auch den Bezug zu Verbrauch und Kosten. Die Wassersparmaßnahmen sind bis zur Grenze der persönlich spürbaren Einschränkung noch lange nicht ausgeschöpft. R.D.

## Das alte Rathaus

Sind es eigentlich 2 oder 3 Jahre, daß das alte Rathaus auf dem Mörfelder Dalles leer steht. Seinerzeit zahlte man dem Betreiber des Therapeutikums noch einen Abstand, damit die Räumung früher als es der Vertrag vorsah, terminiert wurde.

Dann setzte das große Schweigen und Nachdenken ein, Wünsche von Vereinen, Organisationen, Privaten wurden laut. Als "letzter Stein der Weisen" wurde mehrheitlich ein Konzept zum Kulturcafé entwickelt und beschlossen. Die hohen Investitionskosten (bis 1 Mill. DM) sollten durch Zuschüsse (Landesprogramm "einfache Stadterneuerung") für die Stadt erträglicher werden. Von der Zuschußbewilligung war der Rathauschef "überzeugt". Siehe da, aus der Zeitung konnten die Stadtverordneten nun erfahren, daß

der Zuschuß nicht kommt. Man will zwar beim Land noch einmal "nachhaken", doch ob diese Anstrengung belohnt wird, darf bezweifelt werden. Das Geld sitzt auch beim Kreis und Land nicht mehr so locker, wie vor ein paar Jahren. Wurden die Stadtverordneten Ende letzten Jahres noch gedrängt zu entscheiden, damit zur Buchmesse (Oktober) das Haus eröffnet werden könne, so sind die Rolläden wohl noch länger unten. Inzwischen wird die Bausubstanz nicht besser und für Teile der Verwaltung muß Miete bezahlt werden. Inzwischen ist der Vertrag mit dem hess. Innenministerium zum Polizeigebäude in Walldorf unterzeichnet worden. Also wird das jetzige Domizil frei.

Die Diskussion über die Verwendung, Sanierungs- und Ausbaupläne der städt. Liegenschaften rund um den Dalles wird neu beginnen.

R.Dötsch

# SOMALIA

Jahrelang Hunger. Jetzt wird Mogadischu aus der Luft bombardiert, Panzer rollen durch die Straßen, Frauen und Kinder sterben im Kugelhagel von "Blauhelmen". Die zivilen Hilfsorganisationen verlassen das Land. Neue militärische Expeditionskorps machen sich auf den Weg an das Horn von Afrika, darunter die Bundeswehr. "Die Welt wird neu aufgeteilt, wir wollen dabei sein", sagt Volker Rühle. Da geben wir schon mal 400 Millionen für den Afrikaeinsatz.

Worum geht es eigentlich? In Somalia fließt Öl und vom afrikanischen Horn aus kontrolliert man den gesamten arabischen Raum einschließlich des Ölstroms aus dem Golf. Das waren für die Regierung der USA die Gründe für die Intervention. Inzwischen haben die USA ihre wirtschaftlichen und militärisch-strategischen Ziele abgesteckt und

überlassen nun die Drecksarbeit den übrigen UN-Militärkontingenten. In Somalia selbst, so die Somalierin Rakiya Omar, Mitbegründerin der Menschenrechtsorganisation "African Rights", "benehmen sich die UN-Soldaten wie Besatzer."

Was war gestern?

Der Diktator Siad Barre erfreute sich bis zu seinem Sturz ausgiebiger westlicher Finanzspritzen. Der jetzige "Hauptbösewicht", gegen den der UN-Sicherheitsrat Bomben und Panzer einsetzt, General Aidid, war der Militärführer, unter dessen Leitung zum Jahreswechsel 90/91 die Befreier in Mogadischu einrückten.

In Somalia geht es den Militärs weder um Friedens- noch um humanitäre Einsätze, hier geht es um einen neokolonialistischen Krieg. Da heißt es auch mal wieder "Germans to the front".

## Vorbilder?

Major Beelitz vom 3. Westfälischen Infanterieregiment über den ersten deutschen Kolonisierungsversuch im Afrika des 19. Jahrhunderts im Jahre 1885:

*"...Die Folge war, daß sich unter ihnen bald keine Spur mehr von der schlimmen Trägheit der umwohnenden Völkerschaften zeigte: Alles soll in rastloser Thätigkeit aufgelebt, und selbst die Frauenwelt ihr Teil dazu in Anspruch genommen haben.*

*Die Stämme organisierten sich zu Gemeinden nach brandenburgischem Vorbild und nahmen unsere Bestimmungen über öffentliche Ordnung und Sicherheit an. Die Folge war eine allgemeine Umwandlung dieser von den Brandenburgern beeinflussten Neger. Ihr Sinn für Ordnung brach überraschend hervor...*

*Möge die in diesen Erfahrungen liegende bewunderswerthe deutsche Fähigkeit, zu erziehen, sich in unseren heutigen Colonialgebieten unter dem mächtigen Schirm des deutschen Reiches um so glänzender bewähren und mögen die deutschen Colonien dann auf das Wohl des Heimatlandes ihre segensreiche Rückwirkung ausüben!"*

## Und die SPD?

Im Bundestag stimmte die SPD gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afrika. Aber es gibt auch andere Haltungen in der SPD. So konnte man in der "Frankfurter Rundschau" am 25. 6. 1993 lesen: "In diesen Tagen verstehen so manche sozialdemokratischen Bundestagsabgeordnete die Welt nicht mehr. Da wird ihnen von den eigenen Leuten als Sieg verkauft, was selbst bei oberflächlicher Betrachtung ziemlich eindeutig eine Niederlage ist: Das Bundesverfassungsgericht hat ja schließlich dem Begehren der SPD-Bundestagsfraktion, die deutschen Soldaten wegen verfassungsrechtlicher Bedenken gegen ihren Einsatz aus Somalia zurückzuholen, nicht entsprochen. Trotzdem gibt es am Tag nach dem Richterspruch nur Sieger: Die Koalitionspolitiker sowieso, die sich wegen ihrer jedenfalls erfolgreichen Taktik, die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr schrittweise auszudehnen, gratulieren dürfen, und die SPD, weil sie die Mitwirkungsrechte des Parlaments "erkämpft" hat, wie es der parlamentarische Geschäftsführer Günter Verheugen enthusiastisch beschreibt.

Der SPD-Abgeordnete Albrecht Müller fühlt sich betrogen. Aufgeradezu "peinliche" Art und Weise sei in Karlsruhe deutlich geworden, daß ein Teil der eigenen Bundestagsfraktion "da hingegangen ist, um zu unterliegen". Einige Genossen wie die Außenpolitiker Karsten Voigt und Norbert Gansel und der

Verteidigungsexperte Walter Kolbow hätten "deutlich zu erkennen gegeben, daß sie Kampfeinsätze in Wahrheit wollen". Das Urteil jetzt in einen Sieg ummünzen zu wollen sei nachgerade "grotesk". "Das ist ein Sieg nur für diejenigen, die ohnehin verlieren wollten", erregt sich Müller."

## Staatsterrorismus

Der abgehalfterte Bush läßt sich in einem Scheichtum huldigen, und, weil derart kein Staat zu machen ist, muß noch ein Attentat herbei, damit das Ganze etwas Würze kriegt. Schon das war bizarr. Doch es war nichts im Vergleich zu Clintons blutiger Show. Obwohl kein plausibler Beweis vorliegt, spielt der zehn Wochen später nun den gnadenlosen Rächer. Iraks Geheimdienst trifft er nicht. Saddams Position wird eher stärker. Greifbarer Effekte sind nur zerstörte Häuser und umgebrachte Zivilisten. Sollte man Geheimdienstverbrechen als Freibrief nehmen, sich wie ein patholo-

gischer Sheriff aufzuführen, es wäre recht und billig, wenn längst ganz Washington in Trümmern läge. Acht Anschläge gab es allein auf Castro - eindeutig nachgewiesene. Wie soll man das bewerten? Die Raketen auf Bagdad sind nichts anderes als Staatsterrorismus und primitivste Arroganz der Macht, die nicht mal mehr ein UNO-Mäntelchen für nötig hält. Und warum? Vor allem, weil Clinton in Rekordzeit in ein Popularitätstief fiel, es im Inneren zu nichts bringt und außenpolitisch nichts Vernünftiges verbuchen kann. Ach ja, Kohl hat dem Sheriff in Washington sofort Beifall geklatscht.

# Die wahren Herren des Landes

Millionen Menschen haben Zukunftsängste, Millionen haben keine Arbeit, ganze Städte und Regionen sollen veröden, Standortvernichtung heißt das, es gibt Sorgen im Lande - da geht es den Großbanken besonders gut! Allein fünf Banken in Deutschland haben im letzten Jahr 15 Milliarden DM an Gewinn gemacht! Vom Kapital und von der wirtschaftlichen und politischen Macht ganz zu schweigen: Al-

lein der Gewinn eines Jahres hat eine Größenordnung, davon müssen Bundesländer in Deutschland das ganze Jahr leben, das haben kleine Staaten in der Welt als Jahresetat.

Und weiter: Die Steigerung der Gewinne betrug sieben Prozent! Und das in Milliardenhöhe! Vergleichen wir mit dem Geschrei, mit dem z.B. im öffentlichen Dienst um drei oder vier Prozent mehr Lohn und Gehalt gestritten

worden ist - und da ging es für den Einzelnen um 20- und höchstens 50-Mark-Scheine und darum, wieviel er bei einer Inflationsrate von über vier Prozent in diesem Jahr draufzahlen muß!

Diese Banken, die wie Riesenkraken über dem Land liegen, die ja nicht allein Milliarden scheffeln, sondern auch in fast allen größeren Unternehmen sitzen und bestimmen, wieviel Menschen des Profits wegen auf die Straße fliegen und ob überhaupt weitergemacht, oder ob dichtgemacht wird - diese Banken heißen Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, Bayerische Vereinsbank und Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.

Sie schaffen, so heißt es in den Wirtschaftszeitungen, "Reserven" für schlechtere Zeiten. Sie bunkern also für künftige Gewinne. Sie gehen ins Ausland und "legen an". Sie spekulieren dort, wo es am gewinnträchtigsten ist, am meisten nach Geld riecht.

Nationale Aufgabe? Verantwortung für Deutschland? Opfer für die Wiedervereinigung! Aber das ist doch etwas für die Dummen, denen ein "Solidarpakt" aufgezwungen wird, deren Geld schon vom Lohnbüro abgezogen wird und denen das Finanzamt den Rest besorgt. Das ist nichts für die Milliardenmacher.

Sie sind die wahren Herren des Landes.



*Jede Nacht gibt es neue schwere Verbrechen gegen Ausländer. Jede Nacht Brandstiftungen. Oft wurden die Bewohner in letzter Minute vor den Flammen gerettet. Auch in Rüsselsheim (unser Foto) wurden Wohnungen angezündet, in denen Asylbewerber unterkommen sollten. Höchste Zeit, daß Rassismus und erschreckende Ausländerfeindlichkeit zurückgedrängt werden.*

*Daß Kinder unterschiedlicher Nationen problemlos miteinander umgehen können ist bekannt und macht Hoffnung. Auf unserem Bild Kinder aus vielen Nationen, aufgenommen in der Wolfsgartenstraße in Mörfelden.*



## Denkste

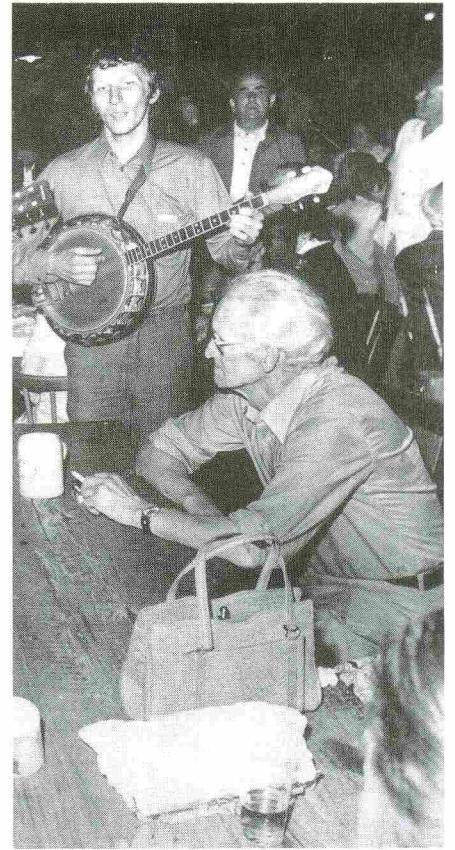
Große Sprüche machte die FAG gerade mit ihrer "Nachbarchaftszeitung" "Start frei".

Da heißt es: "Wer laut fliegt, fliegt teurer". Krachmacher sollen höhere Start- und Landegebühen bezahlen.

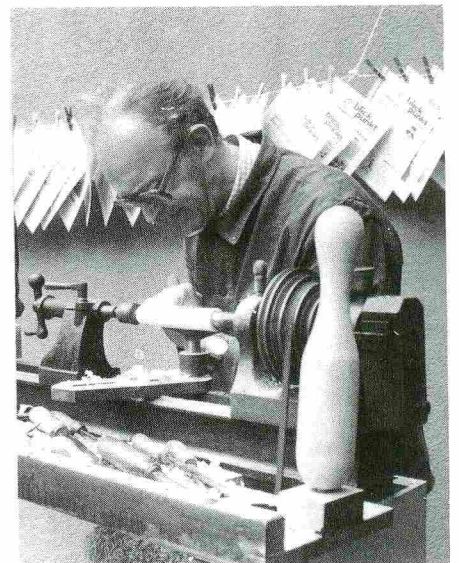
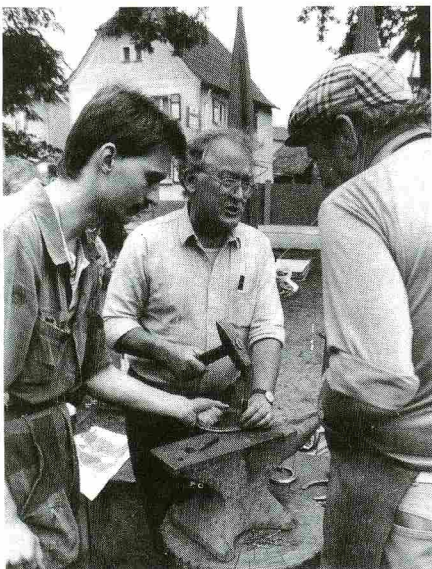
Wenige Tage später konnte man in der Presse lesen, daß CDU-Töpfer (der ist auch noch für die Umwelt verantwortlich) diese Regelung nicht gestattet.

Weiter also laute und alte Maschinen über unseren Köpfen, weiter Krach bei Tag und in der Nacht.

Deshalb hier die neue Telefonnummer der Fluglärmbeschwerdestelle: 069/690-22001



# 20x Grillfest der DKP



# Wir über uns

**Die CDU hatte vor der Kommunalwahl '93 ihr Hauptziel festgelegt: Die DKP muß aus dem Parlament verschwinden. Sie hat dieses Ziel nicht erreicht. Die DKP ist da.**

**Die Älteren wissen: die Kommunisten sind - vor allem in Mörfelden - eine historisch gewachsene Partei. Wie alle Parteien haben sie Fehler gemacht, sich geirrt und korrigiert. Sind hingefallen und wieder aufgestanden. Viele der Jungen kennen zwar unser kommunalpolitisches Engagement oder unseren Einsatz gegen den Bau der Startbahn-West, wissen aber wenig über die Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung dieser Stadt. An sie vor allem ist der nachfolgende Beitrag gerichtet.**

Der DKP-Stadtrat Heinz Hechler erhielt vor einiger Zeit in der Stadtverordnetensitzung für 20jährigen Einsatz im Parlament und im Magistrat die Ehrenbezeichnung "Ehrenstadtrat".

Sicher gehören wir nicht zu jenen, die großen Wert auf Ehrungen legen. Wir erinnern uns sogar gern daran, daß Heinz Hechler zur Startbahnzeit den Ehrenbrief des Landes Hessen von Ministerpräsident Börner nicht entgegennahm. Das war damals als demonstrativer Akt politisch richtig.

Einige DKP-Stadtverordnete sind schon 8 bis 12 Jahre im Parlament.

Dieses langjährige Engagement belegt Standhaftigkeit und langen Atem, dies scheint heute notwendiger, als je zuvor. Welche Ideale haben die DKP-Leute? Wie sehen sie aus? Haben sie sich verändert?

Heinz Hechler und andere sind nach dem Krieg zur kommunistischen Arbeiterbewegung gestoßen. Was hat sie damals geformt?

Nach 1945 sind unsere politischen Vorbilder, die Genossen der KPD, aus KZ und Krieg zurückgekehrt. Nur wer sich genau an jene Zeit erinnern kann, kann die Hartnäckigkeit verstehen, mit der wir immer wieder die Forderung erhoben: "Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus".

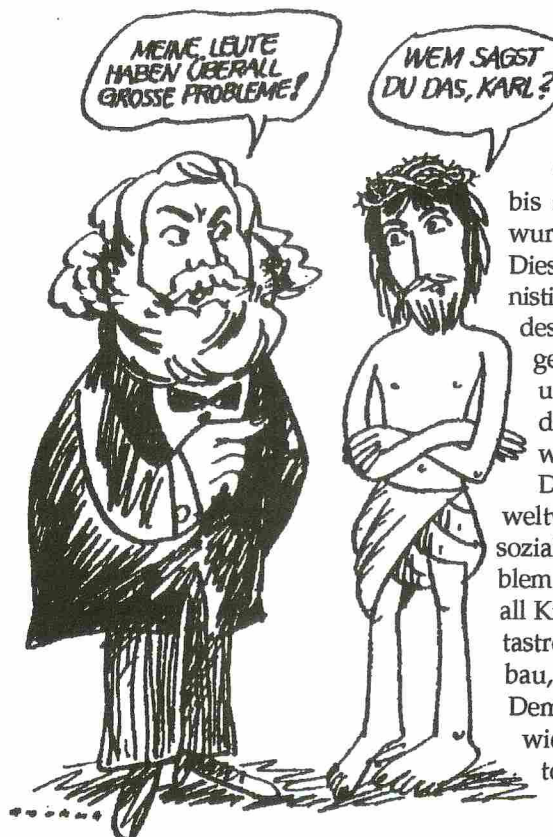
Schon wenige Jahre nach Kriegsende gab es den Kalten Krieg, die Remilitarisierung. 1951 wurde die FDJ verboten, 1956 die KPD. Wieder Illegalität, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Ge-

fängnis, schlimme Menschenrechtsverletzungen auch im Westen Deutschlands.

Hunderttausende waren betroffen, hier gibt's heute keine Aufarbeitung, keine kritische Betrachtung, keine Wiedergutmachung.

Neben dem Kampf gegen einen neuen Barras war es noch ein anderer Schwerpunkt, der die Jungen jener Tage formte.

Es war das soziale Engagement, die Interessenvertretung im Betrieb, als Ju-



gendsprecher, Betriebsräte, aktive Gewerkschafter. (Hier kann man erinnern an Adam Denger, den langjährigen DGB-Ortskartellvorsitzenden; an Artur Siegel, den aktiven ÖTV-Gewerkschafter; aber auch an Michel Denk, der lange Jahre Vorsitzender der Bauarbeitergewerkschaft war.)

So sahen wir wahrscheinlich genauer als andere die Gebrechen dieser Gesellschaft, wollten nie "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" sein, suchten Auswege, wollten Humanismus, wurden Sozialisten und Kommunisten.

Wir standen dabei immer in der Tradition jener Arbeiter in Mörfelden und Walldorf, die schon früh zur Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts kamen.

1920, als die Sowjetunion noch in den Geburtswehen steckte, gab es in unserer Stadt schon eine starke kommunistische Partei.

Das ist unsere Tradition und darauf sind wir stolz.

Daß wir in und mit der kommunistischen Arbeiterbewegung Höhen und Tiefen erlebt haben, ist bekannt.

Nichts aber ist zu vergleichen mit der Entwicklung der letzten Jahre, mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der DDR und anderer Staaten von denen wir, aber auch andere, viel erwarteten. Wir hatten auch in unserer Stadt über Jahre hinaus ein unkritisches Verhältnis zu den Parteien im "realexistierenden Sozialismus". Wir sahen Mängel

und Fehlentwicklungen, wir hofften aber immer: "die schaffen's" und der Sozialismus wird attraktiver.

Wir sahen meist nicht, daß vor allem auch die theoretischen Grundlagen des Sozialismus oft bis zur Unkenntlichkeit verbogen wurden.

Dies alles hat nicht nur die kommunistischen Parteien getroffen, der Idee des Sozialismus wurde Schaden zugefügt, betroffen sind auch Linke und Sozialisten die bei den Sozialdemokraten, Grünen oder als Gewerkschafter wirken.

Der Kapitalismus hat nun fast weltweit scheinbar über den Staatssozialismus gesiegt. Aber kein Problem auf der Welt wurde gelöst. Überall Kriege, Hunger, ökologische Katastrophen. Und bei uns Sozialabbau, Neonazismus, Ausländerhaß, Demontage des Grundgesetzes und wieder einmal heißt es "Germans to the front". Viele Gründe sich

(Fortsetzung nächste Seite)

# Stadtgeschichten



Unser heutiges Bild zeigt nicht den Einblick in ein Filmstudio, in dem gerade ein Heimatfilm gedreht wird, sondern es ist die Hinterhof-Idylle im Hof der Gaststätte "Zum Löwen" Langstraße 68. Auch die Requisiten, wie der sehr schöne "Kindersportwagen", der Pferdewagen, die Egge und der Pflug vor der Rückseite des Saales sind echte Gebrauchsgegenstände.



Die Aufnahme stammt aus dem Jahre 1916 und zeigt links Anna Steckenreiter geb. Jourdan (Schreiner's Anna) die Mutter des heutigen Löwen-Wirtes Günter Steckenreiter. In der Kinderkarre Anna's Cousin Peter Jourdan, Sohn von Wilhelm Jourdan (Schreiner's Wilhelm). Eröffnet wurde die Gaststätte am 1. Januar 1843 von Schreinermeister Jakob Zwilling (daher der Name Schreiner's). Im Jahre 1877 wurde dort der Gesangverein "Sängerlust" und 1896 die "Turngesellschaft" gegründet. Im Hause befindet sich seit vielen Jahren ein Hotel und bis zum Abriß vor zwei Jahren ein Kino. Heute wird das Haus durch moderne Anbauten erneuert.

(Fortsetzung von Seite 7)

zu engagieren. Die DKP war immer und ist heute noch mehr eine kleine Partei. Hier und da ist sie auch eine lokale Kraft - so sehen wir das realistisch. Aber wir sind immer noch eingebettet in eine große Zahl von Menschen die nach antikapitalistischen Auswegen suchen.

"Sozialismus oder Barbarei" schrieb Rosa Luxemburg. Wer sich diese Welt im Jahre 1993 betrachtet, muß zustimmen. In der Wolfsgesellschaft des Kapitals wird letztlich kein Problem gelöst werden.

Für alle, die nach einem sozialistischen, das heißt humanen Ausweg aus der gegenwärtigen Zivilisationskrise suchen, ist der Niedergang der Sowjetunion und der anderen "realsozialistischen" Länder eine schmerzliche, möglicherweise eine historisch unerläßliche Erfahrung. Die Vision einer von Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg, Hunger und Elend befreiten Menschheit bleibt. Sie hat die Jahrhunderte überdauert. Wenn wir dieser Vision näher kommen und wahrscheinlich nur dann, werden die Menschen, wird diese Erde überleben können.

Keiner braucht also seine Bücher von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Liebknecht aus dem Bücherregal räumen. Die Ideen werden noch gebraucht. Natürlich, es steht weltweit zur Zeit schlecht mit der Sache des Sozialismus, aber die Sache wird deshalb nicht schlecht.

Wer in unserer Stadt mit uns über alle diese Fragen diskutieren möchte, wer mitarbeiten will in der Kommunalpolitik oder bei der Herstellung unseres "blickpunkt", sollte sich einfach mal an uns wenden. Wir sind bereit für offene und faire Diskussion. rh